

1 **R1 - Resolution**

2

3 **Antragssteller: Landesvorstand**

4

5 **Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt – und müssen**
6 **verantwortlich mit ihr umgehen!**

7

8 Spätestens seit dem vierten IPCC-Sachstandsbericht ist allgemein anerkannt, dass
9 der von der Menschheit verursachte Klimawandel nicht länger als wissenschaftliche
10 Hypothese abgetan werden kann, sondern eine Tatsache ist. Diskussionsbedarf
11 kann es höchstens über das erwartete Ausmaß des Klimawandels geben, doch auch
12 der Durchschnitt der Schätzungen geht von einem mittleren Temperaturanstieg von
13 ca. 3,7 ° C bis 2050 aus, wenn keine Anstrengungen unternommen werden, den
14 vom Menschen ausgeübten Einfluss zu neutralisieren. Gleichzeitig herrscht
15 weitgehend Einigkeit darüber, dass beim Temperaturanstieg von über 2°C die
16 Folgekosten in Gestalt von Naturkatastrophen, Artenrückgang, Verlust von
17 Nutzflächen und vielen anderen Folgeerscheinungen weit über den Kosten für die
18 Vermeidung der Klimaschädigung liegen. Darüber hinaus ist der Erhalt einer
19 intakten Umwelt auch an sich ein hoher Wert.

20

21 Es muss erwähnt werden, dass die Folgen des Klimawandels nicht alle Menschen
22 und nicht alle Länder gleich schwer betreffen. Erstens fällt der Temperaturanstieg
23 regional unterschiedlich aus, dazu kommt, dass sich auch seine Auswirkungen je
24 nach Bodenbeschaffenheit, derzeit vorherrschendem Klima und vielen anderen
25 Faktoren unterscheiden. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist jedoch die
26 Fähigkeit sowohl wohlhabender Menschen wie wohlhabender Länder, sich von den
27 negativen Folgen „freizukaufen“. Dies verringert den Handlungsdruck für
28 Industriestaaten jedoch nur scheinbar, denn wir alle leben in EINER WELT. Daher
29 sind die Industriestaaten gefordert, mittels Technologietransfer den nicht so
30 entwickelten Staaten die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln, ohne das Klima
31 zu sehr zu belasten.

32

33 Folgeprobleme des Klimawandels wie die Energieverteuerung sind auch innerhalb
34 der Industriestaaten spürbar, weil sie zu sozialen Verwerfungen führen. Die
35 Verknappung der Ressourcen führt bei wachsender Nachfrage zu rasant steigenden
36 Preisen. Dies ist kein Grund, in Schadenfreude zu verfallen, denn es ist nicht unser
37 Ziel, in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zu leben, in der die Einen hemmungslos
38 verbrauchen dürfen oder die Möglichkeit haben, in klimafreundliche Technologien zu
39 investieren und Energie zu sparen (neue Autos und Kühlschränke, Wärmedämmung
40 etc.) und die anderen nicht einmal ihren notwendigen Bedarf an Energie und
41 Mobilität finanzieren können. Gleichzeitig sind Vorschläge, den Energieverbrauch zu
42 subventionieren, ohne zeitgleich Sparanreize zu setzen, keine Lösung der Probleme
43 – es gilt auch Menschen mit kleinem Geldbeutel zu unterstützen, ihren
44 Energieverbrauch zu senken.

45 Die ökologische Frage ist die soziale Frage von Morgen.

46

47 Es steht für die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg außer Frage, dass ein globales
48 Problem wie die drohende Klimakatastrophe auch global angegangen werden muss.
49 Dabei ist es selbstverständlich, dass die Industriestaaten aus vielerlei Gründen eine
50 besondere Verpflichtung zum Gegensteuern haben, denn einerseits sind sie für

51 einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich, andererseits verfügen
52 sie auch über größere Finanzmittel sowie technisches und administratives Know-
53 how, um das Problem anzugehen. Schließlich erwächst aus der Fähigkeit, sich
54 mittels Geld von den Folgen „freikaufen“ zu können eine besondere Verantwortung.
55 Das globale Problem Klimawandel erfordert eine zügige und kompromisslose globale
56 Antwort. Es gilt die Diktatur der Ökonomie über das Ökosystem Erde zu beenden.
57 Gerade hierfür ist ein starker Staat unabdingbar um klare und strenge Vorgaben zu
58 setzen und deren Umsetzung zu kontrollieren und durchzusetzen. Nur so lassen
59 sich die enormen Folgen des Klimawandels rasch und nachhaltig auf ein für den
60 Menschen und die Natur erträgliches Maß reduzieren.

61
62 Allerdings muss ein Aspekt des Klimawandels auch als Chance gesehen werden. Um
63 das Problem wirkungsvoll bekämpfen zu können, müssen die Industriestaaten die
64 Bevölkerung anderer Länder als PartnerInnen anerkennen, denn ohne ihr Zutun ist
65 das Vorhaben von vornherein chancenlos. Zum ersten Mal seit langem besteht
66 somit die Chance einer echten PartnerInnenschaft innerhalb der „EINEN WELT“.
67 Diese gilt es zu nutzen!

68
69 ***Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg beschäftigt sich mit der Frage,***
70 ***was in Deutschland und vor allem in Baden-Württemberg getan werden***
71 ***muss, um einen angemessenen Anteil im Kampf gegen den Klimawandel zu***
72 ***leisten. Den globalen Kontext dürfen wir nicht vergessen, es gilt jedoch,***
73 ***mit eigenem Beispiel voranzugehen und nicht die (vermeintliche)***
74 ***Untätigkeit anderer als Grund anzuführen, auf eigene Maßnahmen zu***
75 ***verzichten.***

76
77 ***Bildung als Fundament für mehr Nachhaltigkeit:***

78
79 Die Umsetzung von Klimazielen erfordert eine aufgeklärte Bevölkerung: Eine
80 erfolgreiche Umweltpolitik besteht nämlich nicht nur aus Anreizen und Verboten,
81 sondern ihr muss es gelingen die breite Masse der Bevölkerung für Themen der
82 nachhaltigen Entwicklung zu sensibilisieren. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger
83 hinreichend über die Folgen ihres persönlichen Handelns informiert sind, können sie
84 als Konsument/innen oder Entscheidungsträger/innen in Politik oder Wirtschaft,
85 dazu beitragen den Herausforderungen von Umweltverschmutzung und
86 Klimawandel zu begegnen.

87

88 ***Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb die konkrete***
89 ***Einbeziehung von Umweltbildungsmaßnahmen in die Lehrpläne von***
90 ***Schulen und Universitäten.***

91

92 ***Landwirtschaft im Einklang mit Umwelt und Klimaschutz betreiben!***

93

94 Landwirtschaft ist für das Fortbestehen der Menschheit unabdingbar. Sie erfordert
95 jedoch auch immer einen Eingriff in die bestehenden Ökosysteme unseres Planeten.
96 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg spricht sich für eine Landwirtschaft aus,
97 die so schonend für die Umwelt wie möglich in die bestehenden Ökosysteme
98 unserer Erde eingegliedert wird. Ebenso spricht sich die GRÜNE JUGEND Baden-
99 Württemberg gegen jeglichen Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft aus.
100 Landwirtschaft soll nicht gegen, sondern im Einklang mit der Natur betrieben

101 werden.

102 Dies bedeutet, dass auf Maßnahmen, die in das ökologische Gleichgewicht
103 nachhaltig eingreifen (wie zum Beispiel das Verwenden von Pestiziden) verzichtet
104 werden, und an ihrer Statt eine ökologische Schädlingsbekämpfung angewandt
105 werden muss.

106 Ebenso muss die Schonung der Umwelt Priorität gegenüber Profit haben. Auf eine
107 Übernutzung des Bodens zur Gewinnsteigerung muss zugunsten einer für Flora und
108 Fauna verträglichen Fruchtfolge verzichtet werden.

109

110 Ökologische Landwirtschaft erfordert für die Bäuerinnen und Bauern einen größeren
111 Aufwand als die sogenannte konventionelle Landwirtschaft.

112 Daher muss die Politik Anreize für konventionelle LandwirtInnen schaffen, ihre
113 Betriebe auf ökologisches Wirtschaften umzustellen.

114

115 Um eine gänzlich ökologische Landwirtschaft langfristig umsetzen zu können, muss
116 sich auch das Verhalten der KonsumentInnen ändern.

117 Gemüse, Obst und Getreide haben natürliche Wachstumssaisons. Unsere
118 Essgewohnheiten jedoch lassen Obst und Gemüse keine Saisons mehr, alles muss
119 zu jeder Jahreszeit verfügbar sein. Dies hat längerfristig katastrophale
120 Auswirkungen auf das Klima unserer Erde, weil die Bereitstellung von Obst und
121 Gemüse zu jeder Jahreszeit hohen Kühl- und Transportenergieaufwand erfordert.

122 **Fleischkonsum einschränken**

123 Als Auslöser der großen Preisanstiege bei Lebensmitteln wird immer die erhöhte
124 Herstellung an Biosprit genannt, Tatsache ist allerdings, dass die Herstellung von
125 Biosprit nur einen geringen Teil der bisher zur Nahrungsherstellung genutzten
126 Fläche abgelöst hat. Einen wesentlich größeren Einfluss und Wachstum erlebte im
127 gleichen Zeitraum die Nachfrage nach Fleischprodukten, da ein größerer Teil der
128 Menschheit sich Fleischkonsum leisten kann und diese Möglichkeit auch nutzt. Um
129 Fleischpreise stabil zu halten und die Nachfrage der hauptsächlich zahlungskräftigen
130 Schichten aus Industrieländern zu befriedigen, werden immer mehr
131 landwirtschaftliche Nutzflächen, hauptsächlich in Entwicklungs- und
132 Schwellenländern, zur Futtermittelproduktion genutzt. Weil in Entwicklungsländern
133 die Nahrung sehr viel stärker auf pflanzlichen Nahrungsmitteln beruht und weniger
134 auf Fleisch, erzeugt die Verknappung des Angebots in den finanziell schlechter
135 gestellten Schichten und Gebieten der Welt einen wesentlich höheren Anstieg der
136 finanziellen Belastungen als in den bessergestellten Teilen und damit eine
137 Verstärkung sozialer Differenzen. Eine Veränderung der Essgewohnheiten der
138 Industrieländer ist eine bisher verschwiegene politische Notwendigkeit: Es geht um
139 den ökologischen Aspekt, der die Flächen- und Trinkwasserverschwendung betrifft,
140 und für das Erreichen klimapolitischen Ziele unumgänglich ist. Außerdem ist sie aus
141 ethischer und gesundheitspolitischer Sicht sinnvoll. Da die Politik im Agrarsektor
142 durch Subventionierung noch immer großen Einfluss nimmt, wäre eine Veränderung
143 der Gewichtung hier der erste Schritt. Dieser Schritt muss zusätzlich durch
144 öffentliche Aufklärung und Kampagnen zur Änderung des Konsumverhaltens
145 begleitet werden.

146

147 **„Bio“ für Alle erschwinglich machen**

148

149 Bio-Produkte sind teurer als konventionell erzeugte Produkte. Dies hat zur Folge,
150 das vor allem GeringverdienerInnen und Kinder und Jugendliche aus ärmeren

151 Schichten es sich nicht leisten können, ökologisch erzeugte Nahrungsmittel zu
152 konsumieren. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher, an staatlichen
153 Kindertagesstätten, Schulen Hochschulen, (Alten)Pflegeheimen aus staatlichen
154 Mitteln subventioniertes ökologisch erzeugtes Essen einzuführen, um den jeweiligen
155 Menschen mindestens eine ökologische und gesunde Mahlzeit am Tag zu
156 ermöglichen.

157

158 **Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert:**
159 **irtschaftssubventionen, damit ökologische Wirtschaftsweise und**
160 **Kleinbetriebe stärker gefördert werden.**

- 161 • **Eine stärkere Beachtung der Fruchtfolge und Belange von Wildtieren**
162 **bei der Subventionierung.**
- 163 • **Das Verbot jeglichen Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft.**
164 **Zudem sollten neben der Bevölkerung auch Industrie und Handel**
165 **über die Problematik informiert und zu einem Diskurs angeregt**
166 **werden.**
- 167 • **Eine stärkere Beachtung regionaler und saisonaler Produkte beim**
168 **Konsum von Nahrungsmitteln, um sich den natürlichen**
169 **Gegebenheiten in der Landwirtschaft anzupassen und lange**
170 **emissionsreiche Transportwege zu vermeiden..**
- 171 • **Die Verpflichtung der öffentlichen Hand, ausschliesslich derartige**
172 **Produkte zu beschaffen.**
- 173 • **Den Verzicht darauf, Nahrungsmittel aus Gründen wie Normierung,**
174 **Gewinnstreben und Strukturierungsgründen¹ zu vernichten.**
- 175 • **Eine öffentliche Aufklärungskampagne für eine fleischarme**
176 **Ernährungsweise.**
- 177 • **Weiterhin das Ziel der Sicherung einer Grundversorgung mit**
178 **Nahrungsmitteln.**

179

180 Besonders beim letzten Punkt muss vernetzt gedacht werden. Da die jährlichen
181 Erntemengen witterungsbedingt stark schwanken können, muss die
182 Bewirtschaftung auch im ungünstigsten Fall ausreichende Erlöse sichern. Das heißt,
183 dass bei normalen und überdurchschnittlichen Erträgen Nahrungsmittel übrig
184 bleiben. Soweit sie nicht exportiert werden müssen, um Knappheit in anderen
185 Ländern zu bekämpfen, sollen sie fossile Ressourcen in Kraftwerken und
186 Feuerungsanlagen ersetzen.

187 **Umweltschonende Mobilität ermöglichen**

188

189 Eine der größten Errungenschaften der letzten Jahrhunderte ist die Verbesserung
190 der allgemeinen Mobilität. Analog dazu stieg jedoch der Bedarf an Energie für
191 Mobilitätszwecke. Obwohl seit Jahren bekannt, scheint dieser Trend durch die nun
192 einsetzende Verknappung von Rohstoffen zum ersten Mal seit Jahrzehnten
193 gegenläufig. Diese Entwicklung birgt zwei Hauptrisiken.

194

195 Einerseits kann sie Ausschluss von Bevölkerungsschichten durch weitere
196 Verteuerungen von Mobilität bewirken. Der Regelsatz für Mobilität bei Hartz IV
197 beträgt 15,86 Euro im Monat, dies bedeutet besonders im ländlichen Raum eine

¹ Um die landwirtschaftliche Struktur zu erhalten, kann es sinnvoll sein, die Produktion bestimmter Erzeugnisse zu bezuschussen, wenn sie finanziell verlustträchtig ist oder sich kein Markt für die Produkte findet. Andernfalls könnten Akteure gezwungen sein, ihre Höfe aufzugeben.

198 starke Einschränkung des Lebensumfeldes (Zum Vergleich: der Preis für das einzige
199 in Deutschland angebotene Sozialticket beträgt 33,50 Euro).

200

201 Gleichzeitig wird versucht, überholte Lebensgewohnheiten aufrecht und finanzierbar
202 zu halten, welche gesamtwirtschaftlich und ökologisch nicht sinnvoll sind. Schon
203 seit Jahren kritisiert die GRÜNE JUGEND die massive Förderung des Autofahrens
204 durch Pendlerpauschalen und massiven Investitionen in den Bau von Straßen.
205 Investitionen in den ökologisch sinnvollerem Bahnverkehr beschränken sich meist
206 auf Fernverkehr und Großprojekte; besonders Baden-Württemberg ist hierbei ein
207 Negativbeispiel und gibt mit seinem verschachteltem und teurem Nahverkehr ein
208 schlechtes Bild ab. Durch die Ausdünnung der Nahverkehrsabdeckung in den letzten
209 Jahren stellt für viele Menschen der Nahverkehr keine Alternative zum Auto mehr
210 da.

211

212 Das Ziel muss sein, in absehbarer Zeit einen autofreien Lebensstil zu ermöglichen,
213 in dem für jeden Menschen das eigene Auto die schlechteste Alternative darstellt.
214 Ebenso darf im Transportsektor die Beförderung von Gütern auf der Straße nur
215 noch für den Endtransport zum Ziel notwendig sein, der restliche Lastverkehr
216 muss auf die Schiene verlagert werden.

217

218 **Um diese Ziele zu erreichen und den Umstieg möglichst schonend zu**
219 **gestalten, fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg:**

220

- 221 ● **Die Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die Schiene.**
- 222 ● **Einen sofortigen Stopp der direkten und indirekten Förderung des**
223 **Automobilverkehrs.**
- 224 ● **Ein auf Elektroautos aufgebautes Car-Sharing innerhalb von**
225 **geschlossenen Siedlungsgebieten.**
- 226 ● **Die Schaffung eines modernen Nahverkehrskonzepts, das eine**
227 **wirkliche Alternative für PendlerInnen darstellt.**
- 228 ● **Sozialtickets für den ÖPNV sowie geringere Preise für junge**
229 **Menschen.**
- 230 ● **Kraftstoffe aus nachhaltigen Ressourcen wettbewerbsfähiger zu**
231 **machen, dies ist durch eine Steuerbegünstigung von reinen**
232 **Biokraftstoffen gegenüber den fossilen Kraftstoffen zu ermöglichen.**
- 233 ● **Eine CO2-bezogene Kfz-Steuer, um die nötigen Anreize im**
234 **Übergangszeitraum zu setzen. Wer mehr CO2 in die Atmosphäre**
235 **pustet, soll auch mehr bezahlen. Wer hingegen ein spritsparendes**
236 **Auto fährt, soll dafür auch belohnt werden. Dies hilft, die CO2**
237 **Emissionen nachhaltig zu senken.**
- 238 ● **Eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Langfristig sollen dadurch**
239 **sämtliche externe Kosten der Mineralölverbrennung – wie z.B. die**
240 **Kosten des Klimawandels – im Preis des Kraftstoffs eingebettet**
241 **werden, um indirekte gesellschaftliche Subventionen des Autofahrens**
242 **zu verhindern.**
- 243 ● **Ein Tempolimit von 120 km/h auf baden-württembergischen**
244 **Autobahnen und 70 km/h auf baden-Württembergischen**
245 **Landstraßen. Die dadurch erreichten CO2-Einsparungen wären enorm**
246 **und würden Deutschland bei der Verwirklichung der Klimaziele weit**
247 **voranbringen. Auch der Spritverbrauch würde gesenkt werden, denn**
248 **ab einem Tempo von etwa 100 km/h steigt der Spritverbrauch**

249 **überproportional. Mit 150 km/h wird schon um die Hälfte mehr**
250 **verbraucht als mit 100 km/h; mit 200 km/h sogar noch um das**
251 **Doppelte mehr als bei 100 km/h. Und ein Tempolimit senkt nicht nur**
252 **den Schadstoffausstoß, sondern verringert auch die Lärmbelastung**
253 **sowie Gefahr von schweren Autounfällen erheblich.**

254 **Flugverkehr auf das unvermeidliche Mindestmaß reduzieren!**

255 Wer ernsthaft Klimaschutz macht, muss an den Flugverkehr ran. Dieser leistet auf
256 verschiedene Weise einen enormen Beitrag zur Gefährdung unseres Klimas. Die
257 daraus resultierenden Kosten werden nicht internalisiert und von der Allgemeinheit
258 getragen. Besondere Ungerechtigkeiten entstehen auch dadurch, dass der Großteil
259 der Flugreisen immer noch durch wohlhabende BürgerInnen der Industriestaaten
260 getätigt wird, die Folgen jedoch die ganze Welt und besonders die viel überflogenen
261 Regionen betreffen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg hält es für absolut
262 nicht tragbar, diesen Verkehrsträger derart gegenüber anderen zu bevorzugen.
263
264
265

266 **Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher:**

- 267 • **Eine sofortige Verschärfung der Einbeziehung der Flugemissionen in**
268 **den europäischen Emissionshandel.**
- 269 • **Den Stopp der direkten und indirekten Subventionierung des**
270 **Flugverkehrs sowie eine Klimaabgabe auf Flugzeuglandungen.**
- 271 • **Einführung einer europa- und weltweiten Kerosinbesteuerung und**
272 **ein Ende der Umsatzsteuerbefreiung des Flugverkehrs.**
- 273 • **Einbeziehung der Flugemissionen in weitere internationale**
274 **Klimaschutzabkommen.**
- 275 • **Das Verbot der Nutzung des Flugzeugs auf Strecken von unter 750**
276 **km, sofern es die Möglichkeit gibt, die Strecke mit der Bahn zurück zu**
277 **legen.**
- 278 • **Laufende Ausbauverfahren von Flughäfen zu stoppen und zukünftig**
279 **keine Erweiterungen und Neubauten von Flughäfen mehr zu**
280 **genehmigen.**

281 **Zukunftsfähige Energiepolitik durchsetzen: Ehrgeizig, Erneuerbar und** 282 **Effizient! – Schluss mit Atomkraft und Dreckschleudern!**

283 Die Energieversorgung der Zukunft liegt in den Erneuerbaren Energien. Dabei
284 fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg die Schaffung dezentraler
285 Versorgungsstrukturen vorzugsweise in kommunalem Eigentum. Die vier großen
286 Energiekonzerne Eon, Vattenfall, EnBW und RWE setzen auf überalterte und CO2-
287 intensive Technologien, Atomlobbyismus und Preisabsprachen entgegen den
288 Interessen der VerbraucherInnen – diese fatale und rückwärtsgewandte
289 Energiepolitik lehnt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg vehement ab.
290
291
292

293 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg streitet weiterhin für den Atomausstieg,
294 welcher um keinen Preis rückgängig gemacht werden darf! Die GRÜNE JUGEND
295 Baden-Württemberg lehnt den Neubau jeglicher Kohlekraftwerke ab, weil sie bei
296 geringen Wirkungsgeraden riesige Mengen an CO2 emittieren und bei Laufzeiten
297 von über 50 Jahren alle Klimaziele ad absurdum führen. Pläne und Bau von
298 Kohlekraftwerken unter „Grüner Beteiligung“ schaden nur der klimapolitischen
299 Glaubwürdigkeit der Grünen Idee, in Hamburg wie in Tübingen.

300

301 **Die energiepolitischen Antworten und Forderungen der GRÜNEN JUGEND**
302 **Baden-Württemberg sind:**

303

- 304 ● **Ausbau der Erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerungen bei Strom-**
305 **und Wärmeerzeugung, Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung,**
306 **Energieeinsparung, Atomausstieg und schnellst- möglicher Ausstieg**
307 **aus der Kohlekraft hin zu 100% Stromversorgung aus Erneuerbaren**
308 **Energien bis zum Jahr 2030.**
- 309 ● **Endlich die Kniefälle der Landesregierung vor den großen Konzernen**
310 **und der Atomlobby einzustellen und sich stattdessen konsequent für**
311 **Wind- und Wasserkraft sowie Solarenergie und Geothermie in Baden-**
312 **Württemberg einzusetzen.**
- 313 ● **Mehr Investitionen in die Erforschung der Erneuerbaren Energien,**
314 **den Ausbau des EEGs und weiter ökologisch orientierte**
315 **Steuerreformen, die Anreize zum Energiesparen setzen.**
- 316 ● **Gutscheine und Unterstützung bei Anschaffung energieeffizienter**
317 **Geräte oder verbrauchsärmerer Autos und Klimainvestitionen in den**
318 **Mietwohnungsbau.**
- 319 ● **Einen vernünftigen Emissionshandel, der die Zertifikate nicht**
320 **kostenlos zuteilt, sondern eine Steuerungswirkung entfaltet.**
- 321 ● **Das Schaffen eines Biogaseinspeisungsgesetzes, das den Vertrieb von**
322 **Biogas über die Gasverteilungsnetze sichert.**
- 323 ● **Die Verstaatlichung überregionaler Strom- und Gasnetze.**
- 324 ● **Die Sicherstellung fairer Zugangsbedingungen zum Energiemarkt.**

325

326

327 **Wärme umweltverträglich schaffen und nutzen**

328

329 Ca. 37% des gesamten Energieeinsatzes in Deutschland dienen dazu, die
330 Temperatur in Gebäuden zu beeinflussen. Heizbrenner auf dem technischen Niveau
331 des 19. Jahrhunderts sind dabei ebenso im Einsatz wie aufwendige Kühlsysteme,
332 die häufig auch dann laufen, wenn es überflüssig ist.

333 Dies alles stellt eine unglaubliche Energieverschwendung dar – entsprechend der
334 Leistung von ca. 40 Atomreaktoren.

335 Ein nach dem heutigen technischen Standard gebautes Gebäude benötigt kaum
336 noch eine Energiezufuhr von außen, um auf Temperatur gehalten zu werden.

337 Allerdings stehen in Baden-Württemberg noch Gebäude, die mehr als 600 kWh/m²a
338 (Kilowattstunden je Quadratmeter Nutzfläche und Jahr) benötigen. Dies gilt es zu
339 ändern!

340 Es gibt fast überall in Baden-Württemberg Industrieanlagen, deren Betrieb große
341 Mengen an Wärme freisetzt, die abgeleitet werden muss. Auch Kraftwerke gehören
342 dazu, sofern die Abwärme nicht genutzt wird. Gleichzeitig gibt es – oft nur wenige
343 Hundert Meter weiter – Anlagen und Gebäude, die mit hohem Energieeinsatz
344 gekühlt werden müssen, weil sie – oder deren EDV-Anlagen – eine konstante
345 Temperatur einhalten müssen. Dabei lässt sich auch mit Wärme kühlen –
346 entsprechende Technik gibt es seit über 15 Jahren in Serienreife. Das
347 Klimaschädliche dabei ist: je wärmer der Tag, desto mehr Wärme fällt bei der
348 Industrie an und verpufft ungenutzt – und desto mehr Energie muss eingesetzt
349 werden, um die Kühlung bei temperatursensiblen Anlagen sicherzustellen. Auch hier
350 gilt es zu handeln!

351

352 **Projekt Null-Energie-Stadt und Null-Energie-Dorf**

353

354 Das Null-Energie-Haus ist längst Realität. Der nächste Schritt ist die „Null-Energie-
355 Stadt“. Eine Null-Energie-Stadt verfügt über Wohngebäude, die einen
356 Heizwärmebedarf von maximal 15 kWh/m²a haben. Deren Industrieanlagen sind an
357 ein Wärmenetz angeschlossen und speisen dort ihre Abwärme ein. So kann die
358 Abwärme genutzt werden um die Heizung und Kühlung von privaten und
359 öffentlichen Gebäuden und insbesondere temperatursensiblen Einrichtungen zu
360 gewährleisten.

361 Gerade auch im ländlichen Bereich können Nahwärmenetze aufgebaut werden.
362 Neben der ebenso wie in der Stadt notwendigen Hausdämmung kann hier, beim
363 Null-Energie-Dorf, die Wärme aus unterschiedlichen Quellen zugeführt werden. Die
364 Basis stellt hierbei die Nutzung von Solar- und Geothermie dar. Auf Grund der
365 begrenzten Fläche kann die Biomasse nur Bedarfsspitzen abdecken. Die
366 Biomassenutzung muss sich dabei auf vor Ort angebaute bzw. anfallende Biomasse
367 beschränken.

368

369 **Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher:**

370

- 371 • **eine Verpflichtung in der baden-württembergischen**
- 372 **Landesbauordnung (LBO), sämtliche Neubauten im Passivhaus-**
- 373 **Dämmstandard (PHPP), nach Möglichkeit als zertifiziertes Passivhaus**
- 374 **auszuführen.**
- 375 • **Die Möglichkeit für Kommunen, Energiestandards und Anschlüsse im**
- 376 **Baurecht fest zu setzen, vor allem bei Planänderungen.**
- 377 • **Ein Wärmesaniierungsprogramm, dass den Umbau der bereits**
- 378 **stehender Gebäude auf den PHPP- oder einen besseren Standard**
- 379 **über Steuererleichterungen und direkte Zuschüsse innerhalb von 20**
- 380 **Jahren sicherstellt – und dort, wo es nicht möglich ist, den Abriss und**
- 381 **Neubau fördert.**
- 382 • **Ein flankierendes Kreditprogramm der L-Bank.**
- 383 • **Die Änderung des Denkmalschutzgesetzes, die eine Wärmesaniierung**
- 384 **dort zulässt, wo kein Eingriff ins architektonisch Einzigartige zu**
- 385 **befürchten ist.**
- 386 • **Die Verpflichtung für Industrieansiedlungen im Umkreis von 15 km**
- 387 **um Mittel- und Oberzentren, an das Wärmenetz (sofern vorhanden)**
- 388 **angeschlossen zu werden, sowie die Verpflichtung für Kommunen,**
- 389 **innerhalb von 20 Jahren eine entsprechende Infrastruktur zu**
- 390 **erstellen.**
- 391 • **Um mit gutem Beispiel voranzugehen, muss der Umbau der Gebäude**
- 392 **im Landeseigentum innerhalb von 10 Jahren abgeschlossen sein.**
- 393 • **Die Bundesregierung muss die geplante Novellierung der**
- 394 **Energieeinsparverordnung (EnEV) noch in diesem Jahr**
- 395 **verabschieden, damit diese zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann.**

396

397 **Energieeffizienz elektrischer Geräte steigern!**

398

399 Heute verbrauchen elektrische Geräte unnötig viel Energie. Eine Verbesserung der
400 Energieeffizienz ist ein wichtiger Baustein beim Umbau der derzeitigen
401 Energiestruktur hin zu einem nachhaltigen System. Gleichzeitig stellt eine

402 Verbesserung der Energieeffizienz eine finanzielle Entlastung der VerbraucherInnen
403 dar. Längerfristig rentieren sich so Investitionen in die Energieeffizienz auch
404 finanziell.

405
406 **Daher fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg:**

- 407
- 408 ● **Die Einführung des Top-Runner-Modells. Dabei werden die jeweiligen**
409 **elektrischen Geräte, die in ihrer jeweiligen Klasse die beste**
410 **Energieeffizienz aufweisen, als Richtlinie, welche alle anderen Geräte**
411 **dieser Klasse nach einem bestimmten Zeitraum (z. B. nach drei**
412 **Jahren) einhalten müssen, um in den Verkauf gebracht werden zu**
413 **dürfen, ausgegeben.**
- 414 ● **Eine Energieeffizienz-Kennzeichnung, die sich am jeweiligen Top-**
415 **Runner orientiert.**
- 416 ● **Die Ausweitung der Kennzeichnung auf Büro- und**
417 **Kommunikationsgeräte sowie Werkzeugmaschinen, da die bisherige**
418 **Kennzeichnung nur Haushaltsgeräten (Kühlschränke,**
419 **Waschmaschinen etc.) umfasst.**
- 420 ● **Ein Verbot von Geräten, die im Standby-Betrieb eine Stromzufuhr von**
421 **Außen benötigen. Stattdessen müssen kleine Solarzellen und**
422 **moderne Energiespeicher wie zum Beispiel Goldcaps zum Einsatz**
423 **kommen.**

424
425 **Verantwortlich mit dem Boden umgehen**

426
427 Auch Fläche ist eine endliche Ressource. Dennoch werden in Baden-Württemberg
428 täglich ca. 10 Hektar (15 Fußballfelder) Boden für Straßen- und Gebäudeerrichtung
429 versiegelt bzw. verbaut. Dies ist besonders im Hinblick auf die zu erwartende
430 demographische Entwicklung unverantwortlich.

431 Flächenversiegelung bringt zahlreiche ökologisch-ökonomische Probleme mit sich.
432 So sinkt die Fähigkeit des Bodens, Wasser aufzunehmen und zu speichern, bei
433 versiegelten Böden enorm. Dies hat in Zeiten höherer Niederschläge
434 Überschwemmungen zufolge und bedingt bei ausbleibendem Regen längere
435 Bodenaustrocknung.

436 Ähnlich verhält es sich mit der Wärme: versiegelte Flächen heizen sich schneller auf
437 und kühlen rascher aus. Dies hat nicht zuletzt einen erhöhten Energiebedarf der
438 Siedlungen zufolge.

439 Auch die Zerschneidung der Flur durch Straßenbau ist ein ernsthaftes Problem für
440 die Fauna. Tierarten, die ein großes Jagd- oder Lebensrevier benötigen, finden in
441 Baden-Württemberg immer weniger Lebensräume.

442 Schließlich führt die Zersiedelung zu immer höherem Energiebedarf bei der
443 Mobilität. Aber auch die soziale Kälte der „Trabanten-Schlafstädte“ ist als Problem
444 nicht zu unterschätzen. Deswegen muss die Zersiedelung dringend gestoppt
445 werden!

446
447 **Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher:**

- 448
- 449 ● **Die Einführung einer progressiven „Versiegelungssteuer“, die die**
450 **Versiegelung bis dahin freier Flächen finanziell unattraktiv macht.**
- 451 ● **Ein Programm zur stärkeren Stützung der Flächenkonversion.**
- 452 ● **Die Einführung gesplitteter Abwassergebühren, um Anreize zur**

453 ***Entsiegelung bereits genutzter Grundstücke zu geben.***

454 ● ***Stopp der Förderung jeglicher Straßenneubauten, sofern sie nicht***
455 ***dem Lärm- oder Umweltschutz sowie der Entlastung der Ortskerne***
456 ***dienen.***

457
458 **Schutz durch Nutzung – Ökologie in der Kulturlandschaft**
459

460 Die Landschaft Baden-Württembergs ist zu sehr großen Teilen vom Menschen
461 geformt und gestaltet. Dies bedingt auch eine besondere Verantwortung für die
462 Zukunft. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die in Baden-Württemberg heimisch
463 sind, konnten nur deshalb entstehen oder sich ansiedeln, weil der Mensch passende
464 Lebensräume wie z.B. Magerrasen (Gewöhnliche Kuhschelle, Bergaster)
465 Streuobstwiesen (Steinkauz) und Bahndämme (einige Sandschreckenarten) schuf.
466 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg begrüßt es ausdrücklich, dass
467 Truppenübungsplätze einer zivilen Nutzung zugeführt werden. Da sich auch dort
468 eine ganz spezifische Flora und Fauna entwickelt hat, muss auch hier auf die
469 Aufrechterhaltung des Lebensraums geachtet werden!

470
471 ***Das Oberziel der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg lautet daher:***
472 ***Erhalt der Naturlandschaft, wo sie sich halten konnte, Pflege und Erhalt***
473 ***der Kulturlandschaft, wo sie anzutreffen ist. Bei letzterem müssen alle, die***
474 ***Boden in Anspruch nehmen, zu seinem Schutz und seiner Erhaltung***
475 ***beitragen. Dieses Verhalten in der Praxis zu ermöglichen, zu fördern, aber***
476 ***auch einzufordern und gegebenenfalls auch zu erzwingen ist die***
477 ***Kernforderung an eine verantwortungsvolle Politikgestaltung.***